

**Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG);  
Zutagefördern von Grundwasser aus den Brunnen 1, 2 und 3 auf den Grundstücken der Flurnummern 911/1 und 914 (Gemarkung Schwarzenfeld) für Prozesswasser (in Trinkwasserqualität);**

**Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG**

Die Naabtaler Milchwerke GmbH & Co KG, Molkereistraße 5, 92521 Schwarzenfeld hat einen Antrag auf Zutageförderung von Grundwasser aus den Brunnen 1, 2 und 3 mit einer Befristung bis zum 31.12.2021 gestellt. Beantragt wurde für die Brunnen 1 und 2 eine Entnahmemenge von 289.000 m<sup>3</sup>/Jahr und für den Brunnen 3 von 250.000 m<sup>3</sup>/Jahr. Für die Brunnen I und II besteht eine beschränkte Erlaubnis für 289.000 m<sup>3</sup>/Jahr bis 31.12.2019.

Der beantragte Zeitraum dient als Probetrieb zur Erhebung der notwendigen Datengrundlagen und zur Beweissicherung um das Einzugsgebiet, das zur Verfügung stehende Dargebot besser zu charakterisieren und eine negative Auswirkung auf andere Nutzer auszuschließen.

Nach § 5 Abs. 1 UVPG stellt das Landratsamt Schwandorf auf der Grundlage geeigneter Angaben des Vorhabensträgers sowie eigener Informationen fest, ob nach den §§ 6 bis 14 UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht. Das Vorhaben bedarf gem. § 7 Abs. 1 UVPG i.V.m. Nr. 13.3.2 der Anlage zum UVPG einer allgemeinen Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht. Die allgemeine Vorprüfung ist als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien durchzuführen.

Nach Durchführung der allgemeinen Vorprüfung kommt des Landratsamt Schwandorf zu dem Ergebnis, dass für das Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht, da dessen Ausführung bei überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien nach Einschätzung der zuständigen Behörde keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Durch die Weiternutzung der Brunnen 1 und 2 und die Nutzung des Brunnen 3 sind für den Probezeitraum Beeinträchtigungen der Schutzgüter ausgeschlossen oder können als unerheblich eingestuft werden. Durch die vorgesehenen Vermeidungs- oder Verminderungsmaßnahmen sind keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten. Die Grundwasserentnahme wird durch ein umfangreiches Beweissicherungsprogramm begleitet, das geeignet ist, etwaige negative Auswirkungen für die relevanten Schutzgüter rechtzeitig zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahme einzuleiten.

Durch das Vorhaben werden keine Abfälle erzeugt, und für die menschliche Gesundheit ergeben sich keine nachteiligen Folgen. Die bestehende Nutzung des Gebiets wird durch das Vorhaben nicht verändert.

Diese Feststellung, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist nicht selbständig anfechtbar (§ 5 Abs. 3 UVPG).